

FachschaftsBündnis

Aktive für demokratische und kritische Hochschulen

Ευρωπαϊκή διάσωσης; για ποιον;

Europa retten? Für wen?

Das aktuell so pathetisch zur Rettung ausgerufen Europa ist das Europa der Banken, der Kriege, das Europa des undemokratischen Zentralismus, der sozialen Polarisierung und Verelendung sowie der Investitionen in destruktive Güter (Rüstung, „toxische Papiere“). Hierbei geht es im Kern eigentlich darum, den Euro zu retten, damit die europäische Wirtschaft, angeführt durch den Exportweltmeister Deutschland, weiterhin ihren krisengeschüttelten Gang gehen kann.

Die GröRaZ („Größte Reform aller Zeiten“) namens „Bologna-Prozess“ ist dabei ein gewichtiger Baustein, aber eben auch nur ein Baustein zur Stabilisierung einer weitgehend enthemmten, marktwirtschaftlichen Ordnung. Er verheißt für Studierende und Lehrende Vergleichbarkeit und Internationalität sowie Praxisbezug. Die eigentliche Intention wird durch die hehren Ziele verschleiert: So soll Internationalität in Wahrheit Arbeitnehmermobilität in einem Europa der deregulierten Arbeitsmärkte, und so soll Praxisbezug das Lernen von theoretischen und praktischen Skills gerade zur Konkurrenzfähigkeit auf diesen Märkten sein. Für den Bologna-Prozess als einzelnen Bestandteil gilt, was für den Gedanken der Europäischen Integration in Gänze gilt: Erst wurde mit dem unbedingten Willen der Europäer nach Frieden und Wohlstand gespielt, nun wird dieser Wille in-

strumentell gegen die Bevölkerung gewendet, um vor ihr die schmerzhaftesten Einschnitte seit Ende des 2. Weltkriegs zu rechtfertigen. Es gibt das Dogma, dass „nur so, und nicht anders“ die exponierte Stellung Europas in der Welt(wirtschafts)gemeinschaft aufrechterhalten werden kann.

Vollwertiger Europäer kann nach dieser Logik hingegen nur werden, wer das Dogma akzeptiert und damit die Bereitschaft signalisiert, die durch Zentralbank und EU-Kommission oligarchisch vorgesetzten Bedingungen devot zu erfüllen.

In klarer Opposition dazu kann der Status Quo Europas wirklich nur als altbacken und reaktionär begriffen werden.

Griechenland, die Wiege der Demokratie, soll exemplarisch durch die postdemokratische EU-Troika zur Bahre geführt werden. Hier sollen Kultur,

Ökonomie (Deindustrialisierung) und soziale Errungenschaften, als erweiterte, neoliberale Experimentierfelder, zugunsten weiterer Profitsteigerungen umgemünzt oder auch abgeschafft werden. Das war schon der Versuch in Chile ab 1973, als die demokratisch gewählte Regierung des Sozialisten Salvador Allende durch den reaktionären Teil der chilenischen Armee im Auftrag der US-Regierung gestürzt wurde. Dieses Experiment ist am eigenen Anspruch, Wohlstand sei durch die vollkommene Konkurrenz und



Bitte wenden ➡

www.FACHSCHAFTSBÜNDNIS.de

V.i.s.d.P.: Nico Scharfe, Julius-Brecht-Straße 3, 22609 Hamburg

den freien Markt zu schaffen, gescheitert. Die Überwindung der faschistischen Militärjunta in Chile ist mit hohem Blutzoll, mehrfach zerschlagenen sozialen Bewegungen und einer Rezession sondergleichen teuer erkämpft worden.

Ein wirklich neues Europa muss sich in Gegnerschaft dazu entwickeln. Das heißt, dass eine Union aller Europäer, die den Namen verdient, in erster Linie ein Europa der Menschen sein muss, in dem die Befriedigung der vitalen Lebensbedürfnisse genauso selbstverständlich politisches Programm ist, wie die umfassende Förderung und Befriedigung der kulturellen, wissenschaftlichen und sozialen Bedürfnisse.

Das heißt, Europa zu einem wirklichen Gemeinwesen zu machen, indem die Angelegenheit der Nachbarn die eigenen Angelegenheiten werden, ohne den anderen ökonomisch zu dirigieren.

Dazu braucht es mindestens:

- Eine politische Teilhabe aller Europäer, die weit darüber hinausgeht, den zahnlosen Tiger EU-Parlament im Fünfjahresturnus neu zu legitimieren. Dagegen benötigt Europa echte, gelebte Demokratie auf allen Ebenen, von der Kommune bis in die europäischen Organe.

- Einen Paradigmenwechsel in der Wirtschaftsform und im Wirtschaftsverständnis. Ausbeutung und reale Demokratie sind Gegensätze. Sowohl die lokale Ökonomie als auch eine europäische Wirtschaftspolitik muss von den realen, humanen Bedürfnissen und dessen sozialer und nachhaltiger Befriedigung ausgehen.

- Eine Bildungspolitik, die von der frühkindlichen Bildung bis zu den Universitäten Europas von dem Willen bewegt ist, die Menschen zu mündigen Teilhabern an der Weiterentwicklung eines demokratischen und sozialen Europas zu machen. Dafür muss der kasernierte Ökonomismus in den Hochschulen in Gestalt des Bologna-Prozesses überwunden werden. Eine europäische Zusammenarbeit in Bildung und Wissenschaft muss auf anderen Grundlagen als der Arbeitsmarktfähigkeit aufbauen und ist dann auch wesentlich produktiver.

Vor allem braucht es dafür auch kritische Europastudien an der Uni Hamburg, die über die Reproduktion der herrschenden Europakonzepte hinausgehen, die sich z. B. einer nüchternen Analyse der Gegenwart stellen und sich nicht scheuen, sich innerhalb des Mainstreams weitgehend unterbelichtete (historische und gegenwärtige) Konzepte einer europäischen Gemeinschaft neu oder wieder zu vergegenwärtigen und zu einem praktischen Nutzen zu erweitern.

„*Universität in gesellschaftlicher Verantwortung*“ (Leitbild der Universität Hamburg) darf also kein Lippenbekenntnis sein oder sich auf die reine Darstellung der veränderungsbedürftigen Welt zurückziehen.

Sie muss den Anspruch beinhalten durch Forschung und Lehre nach vernünftigen Maßstäben die Gesellschaft mitzuverändern.

Einen Maßstab hatten sich die europäischen Hochschulen (in Ost und West) 1988 anlässlich des 900. Geburtstags der Universität Bologna bereits gegeben:

„*Eingebettet in Gesellschaften, die aufgrund geographischer und geschichtlicher Voraussetzungen je verschieden organisiert sind, sind Universitäten autonome Einrichtungen, die Kultur vermittelt Forschung und Lehre schaffen, entfalten, hinterfragen und weiterreichen.*“

Um sich den Anforderungen ihrer Zeit stellen zu können, müssen sie gegenüber allen politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Mächten unabhängig sein.“

(Magna Charta der Universitäten Europas, verabschiedet am 18.9.1988 in Bologna)

Auf jeden dieser vier Aspekte des Quartetts – schaffen, entfalten, hinterfragen, weiterreichen – kommt es an.

Das sollte der Minimalkonsens sein.

Demoaufruf - Antikriegstag

am Samstag, den 1. September 2012

Auftakt: 12 Uhr an der Friedenskirche (Otzenstraße),
Zwischenkundgebung: 13 Uhr auf dem Bruno-Tesch-Platz,
Abschlusskundgebung: 14 Uhr, Große Brunnenstraße Ecke
Ottenser Hauptstraße. Veranstalter: Hamburger Forum für
Völkerverständigung und weltweite Abrüstung

Das Fachschaftsbündnis trifft sich jeden Dienstag und Freitag im Freiraum des ESAW (Westflügel des Hauptgebäudes) ab 13 Uhr c.t. (falls wir nicht da sind achtet auf Zettel). Wir freuen uns über Mittäter und Gäste.

www.FACHSCHAFTSBÜNDNIS.de

V.i.s.d.P.: Nico Scharfe, Julius-Brecht-Straße 3, 22609 Hamburg